

LaG - Magazin

Panzer gegen Hoffnungen.

Der „Prager Frühling“

28.März 2018

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Die Reformen des „Prager Frühlings“ und ihr Platz in der Geschichte Osteuropas.....4

Der Prager Frühling 1968 und die DDR.....7

Der Prager Frühling und die Erinnerung an die Shoah in der ČSSR.....13

Empfehlung Fachbuch

Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt.....19

Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR.....22

Empfehlung Zeitschrift

Aus Politik und Zeitgeschichte: „Prag 1968“25

Empfehlung Lebensbericht

„Aus dem Leben eines Konterrevolutionärs“27

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zur Märzausgabe des LaG-Magazins. Das vorliegende „Heft“ greift die Ereignisse des „Prager Frühlings“ in der ČSSR auf. Bekanntlich wurde der Versuch eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ durch sowjetische Truppen unterdrückt, nachdem bereits die Führungen in der DDR und in Polen sich gegen die Entwicklung positioniert hatten und von „Konterrevolution“ die Rede war. Die Entwicklungen sind nicht nur auf die kurze Zeit vom Frühjahr bis zum 21. August 1968 zu beschränken. Die vorherige Entstalinisierung seit 1961 trug wesentlich zu einem freieren gesellschaftlichen Klima bei.

Auffallend bei den Recherchen zu dieser Ausgabe war, dass für den bundesdeutschen Kontext wenig aktuelles Bildungsmaterial zum Prager Frühling vorliegt.

Dieter Segert gibt in seinem Essay einen Überblick über die Ereignisgeschichte und zeigt die vertanen Chancen und Folgen aufgrund des militärischen Eingreifens der Sowjetunion auf. In diesen Zusammenhang stellt der Autor auch die spätere Rechtsentwicklung der tschechischen Gesellschaft.

Die Reaktionen der SED-Führung sowie der Bevölkerung der DDR thematisiert *Ilko-Sascha Kowalczyk*. Die Parteiführung war durch die Entwicklung in der ČSSR aufge-

schreckt und befürchtete ein Überschwappen auf die DDR. Dementsprechend harsch waren die Reaktionen.

Auch die Erinnerung an die Shoah veränderte sich im Laufe der tschechoslowakischen Entstalinisierung. Nicht nur die jüdischen Gemeinden, sondern auch die Geschichtswissenschaft konnte sich in den 1960er Jahren freier entfalten. Am Beispiel Theresienstadt wirft *Ingolf Seidel* einige Schlaglichter auf den veränderten geschichts- und erinnerungspolitischen Umgang.

Wir bedanken uns herzlich bei den externen Autoren für die zur Verfügung gestellten Texte.

In der Magazinredaktion begrüßen wir Lucas Frings, der bereits an den beiden vergangenen Ausgaben mitgearbeitet hat, und Tanja Kleeh.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 25. April 2018. Die Ausgabe beschäftigt sich mit den Folgen der politischen Transformationen 1989/90 in Mittel- und Osteuropa.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

Die Reformen des „Prager Frühlings“ und ihr Platz in der Geschichte Osteuropas

Von Dieter Segert

Die in der Überschrift erwähnten Reformen sind nie vollständig realisiert worden. Sie haben trotzdem einen messbaren Einfluss auf die Geschichte Europas ausgeübt. Einerseits dadurch, dass sie den sozialistischen Versprechen zeitweise ein größeres Gewicht gaben. Dadurch unterstützten sie alle Kräfte, die eine sozial gerechtere Ordnung anstrebten. Der Wettbewerb der Systeme hat dazu beigetragen, den entwickelten westlichen Kapitalismus zu zivilisieren. Andererseits hat das Scheitern der Prager Reformhoffnungen die Krise des autoritären Sozialismus in Osteuropa vertieft und schließlich 1989 zu seiner Ablösung geführt.

Was aber war Inhalt jener Reformen? Wodurch wurden sie ausgelöst und vorangetrieben? Woran sind sie gescheitert? Schlagwortartig abgekürzt lässt sich die erste Frage so beantworten: Es ging im „Prager Frühling“ um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, um eine umfassende Demokratisierung und eine lebendige Öffentlichkeit sowie um die Herausbildung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“.

Ursachen, Inhalt und Akteure der Reformen

Den unmittelbaren Anstoß der Reformen bildete 1961 die zweite sowjetische Destalinisierung. Tiefer verursacht wurden sie durch eine krisenhafte Wirtschaftsentwick-

lung der Tschechoslowakei sowie durch nationale Konflikte zwischen Tschech_innen und Slowak_innen. Was waren die wichtigsten Akteur_innen jenes Wandlungsprozesses? Die Wirtschaftsreformen wurden durch ein Bündnis zwischen Reformier_innen an der Parteispitze und einem Teil der Intelligenz vorangetrieben. Nachdem ein Teil der Führung davon überzeugt war, dass Strukturformen nötig sind, wurde eine Gruppe von Ökonom_innen unter Ota Šik zu ihrem Motor. Ihre Ziele waren: 1) Die Unternehmen verblieben im Eigentum des Staates, aber durch mehr rechtliche Selbständigkeit und eine intensivere Beteiligung der Manager_innen sowie der Belegschaften sollte die Eigenständigkeit der Unternehmen gefördert werden. 2) Die zentralen Planvorgaben sollten in der Zahl reduziert und stärker durch indirekte Steuerung (Investitionsanreize, Steuerpolitik) erreicht werden. 3) Die Bevölkerung sollte stärker an der Auswahl der zentralen Planziele beteiligt werden. 4) Manager und Belegschaften sollten umfassend nach Leistung entlohnt werden. Ab dem Jahr 1965 wurde die Wirtschaftsreform schrittweise verwirklicht.

1968 kamen – nach einer personell veränderten Parteispitze – dann politische Reformen dazu: Nach der Ablösung des bisherigen Parteichefs durch Alexander Dubček rückten reformorientierte Parteimitglieder in die politische Führung ein. Dazu gehörten neben O. Šik (der stellvertretender Ministerpräsident wurde) auch Josef Smrkovský, František Kriegel und Zdeněk Mlynář. Die Zensur wurde ab März des Jahres schritt-

weise aufgehoben, was zu einem deutlichen Anstieg der freien Debatten in den Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen führte. In einem Aktionsprogramm der KP im April wurden eine Pluralisierung der politischen Debatten im Rahmen der „Nationalen Front“ sowie der Ausbau der Rechtsstaatlichkeit angekündigt. Die Rolle der Gerichte sollte gestärkt werden. Die „Staatsicherheit“ (Geheimpolizei), deren Macht im Staatssozialismus den Kern der autoritären Herrschaft bildete, sollte dem Staat deutlich untergeordnet werden. Im Aktionsprogramm hieß es dazu: „Jeder Bürger [...] muss die Gewähr haben, dass seine politische Überzeugung, seine Ansichten, persönlichen Bekenntnisse und Beschäftigungen nicht Gegenstand der Aufmerksamkeit der Organe der Staatsicherheit sein können.“ (Segert 2008, S. 31)

Dadurch kam es zur Ausbildung einer aktiven Zivilgesellschaft, zur Gründung neuer, unabhängiger Zeitschriften und autonomer Verbände. Die Kommunistische Partei wollte ihre eigene Vorherrschaft dabei keinesfalls völlig aufgeben. Es sollte zumindest mittelfristig keine Mehrparteiendemokratie geben, eher ging es um eine politische Liberalisierung. Trotzdem waren die praktischen Veränderungen und die angekündigten Reformen für die Führungen der übrigen sozialistischen Staaten Anlass zu aggressiver Kritik. Es wurde behauptet, dass eine „Konterrevolution“ drohe. Dieser Begriff wurde immer dann verwendet, wenn man über eine gewaltsame Niederschlagung der Reformbewegungen nachdachte, so wie 1953 (DDR), 1956 (Polen, Ungarn) oder auch

1980/81 (Polen).

1968 wurde diese Kritik zunächst vor allem von den Führungen der DDR und Polens geäußert. Ab Mai war dann die sowjetische Parteiführung besonders aktiv. Sie übte Druck auf Alexander Dubček und andere tschechoslowakische Führer aus. Militärmanöver der Warschauer Vertragsstaaten in der Tschechoslowakei wurden von September auf Juni vorgezogen. Damit kamen Truppen der Sowjetunion ins Land. Bis dahin hatte es nämlich anders als in der DDR oder Ungarn keine ständige Stationierung von sowjetischem Militär gegeben.

Eine aufwachende Zivilgesellschaft

Im Land entwickelte sich in jenen Wochen eine von der Parteiführung relativ unabhängige Dynamik. Einerseits forderten Teile der Parteimitgliedschaft, v.a. Schriftsteller_innen und Wissenschaftler_innen, die eigene Führung zu energischerer Reform auf, andererseits entwickelten nichtkommunistische Persönlichkeiten und Gruppen eigene Vorstellungen. So forderte der Klub engagierter Parteilooser (KAN) in seinem Manifest echte Wahlen: „Der springende Punkt in den kommenden Monaten ist in unseren Augen die Durchführung demokratischer Wahlen, welche allein als geheime Wahlen mit separaten Listen einer gewissen Anzahl politischer Parteien und gleichermaßen unabhängiger Kandidaten denkbar sind.“ (Segert 2008, S. 39) Die reformorientierten Parteimitglieder initiierten u.a. das öffentliche Manifest „Zweitausend Worte“, in denen die eigene Partei dazu aufgefordert

wurde, sich radikaler von den Fehlern der Vergangenheit zu distanzieren.

Die Parteiführung musste auf jene gegensätzlichen Forderungen von außen wie innen reagieren. Sie versuchte das, in dem sie zwischen der Forderung, die Reformen ganz zurückzunehmen und der, jene noch zu beschleunigen, lavierte. Dadurch wurde das Reformtempo verlangsamt. Es gab in der Parteiführung allerdings auch eine Minderheit, die schon damals den „Prager Frühling“ insgesamt ablehnte und gegen ihn mehr oder weniger offen auftrat. In jenen Wochen wurden Briefe von Belegschaften großer Industriebetriebe an die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ organisiert, in denen der Schutz der „Errungenschaften des Sozialismus“ und der „Kampf gegen die Konterrevolution“ gefordert wurden.

Mitte August wurde der militärische Einmarsch und die gewaltsame Zerschlagung der Reformen durch die sowjetische Führung beschlossen. In der Nacht vom 20. zum 21. August war es soweit. Die Reformer_innen in der Parteiführung und Regierung wurden verhaftet und in ein sowjetisches Gefängnis gebracht. Der Präsident weigerte sich allerdings, eine provisorische Regierung einzusetzen, die das Land wieder unter autoritäre Kontrolle bringen sollte. Stattdessen forderte er den Beginn von Verhandlungen zwischen der verhafteten Führung und der sowjetischen Staatsführung.

Im Land setzten viele Menschen der militärischen Gewalt einen gewaltfreien und ideenreichen Widerstand entgegen. In den

nächsten Monaten kam es immer wieder zu Protestaktionen. Allerdings gingen die Reformer_innen Kompromisse ein, um den Rest an Eigenständigkeit und Veränderung zu retten. Das misslang. Bis Ende 1970 wurden nicht nur die führenden Reformer abgesetzt, sondern auch Hunderttausende Parteimitglieder ausgeschlossen. Sie verloren wie auch die nichtkommunistischen Aktivist_innen des Jahres 1968 ihre bisherige Arbeit. Ausgebildete Akademiker_innen mussten als Fensterputzer_innen oder Heizer_innen arbeiten. Die Zeit der „Normalisierung“ war eine verlorene Zeit für die Entwicklung der Gesellschaft, die 1989 durch die samtene Revolution beendet wurde.

Das widersprüchliche Erbe des „Prager Frühling“

Im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung verblieb vom „Prager Frühling“ vor allem sein gewaltsames Ende in der Nacht zum 21. August. Das führte in den nachfolgenden Jahren dazu, dass die bisher stärker politisch links und sozialistisch orientierte tschechische Bevölkerung sich stärker anti-kommunistisch und nach rechts orientierte. Jedoch könnte der „Prager Frühling“ ebenso an die Hoffnungen erinnern, die mit einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ verbunden gewesen waren. Er gehört zu den Versuchen einer Verbindung von politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in der europäischen Geschichte, so wie auch der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus oder aber die Erfolge einer sozialdemokratischen Zivilisierung des Kapitalismus in West- und Nordeuropa seit 1918. Ohne den

massenhaften demokratischen Lernprozess von großen Teilen der aktiven Bevölkerung, den der „Prager Frühling“ ermöglicht hat, wäre die erfolgreiche Demokratisierung nach 1989 wohl nicht möglich gewesen.

Literatur

Dieter Segert: Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung, Bonn: Schriftenreihe der bpb 722, 2008.

Über den Autor:

Univ.-Prof. i.R. Dr. Dieter Segert arbeitet zu den Forschungsschwerpunkten Transformation politischer Systeme in Ostmitteleuropa im Vergleich, Politische Geschichte und Erbe des europäischen Staatssozialismus sowie Parteienentwicklung in Osteuropa. Neben anderen Tätigkeiten war er 2002-2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn.

Ab Februar 2005 bis September 2017 war er als Univ.-Prof. für Transformationsprozesse in Mittel-, Südost- und Osteuropa an der Universität Wien tätig. 2007-2016 war er Mitglied des Vorstandes des IDM Wien, 2012-2017 Vorsitzender des Vereins „Forum Politische Bildung“. Er ist Mitglied verschiedener wissenschaftlicher Beiräte von Zeitschriften (u.a. im Herausgebergremium der ÖZP). Seit Juni 2008 ist er gewähltes Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin.

Der Prager Frühling 1968 und die DDR

Von Ilko-Sascha Kowalczyk

Als am 21. August 1968 die Verbündeten des Warschauer Paktes die zarten Pflanzen eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus brutal niederwalzten, ging mehr kaputt als „nur“ die Ansätze eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in einem Land. Der von Moskau aus gelenkte Kommunismus spaltete sich, der Eurokommunismus in Spanien, Italien und Frankreich hatte hier eine seiner mächtigsten Wurzeln. Im Ostblock selbst erstarb allerorten in der Opposition jede Hoffnung auf die Reformierbarkeit des Staatssozialismus. Und noch heute ist die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus selbst in der Sozialdemokratie nur sehr schwach ausgeprägt – der Untergang der kommunistischen Staaten und die von ihnen betriebene Pervertierung sozialistischer Ideen wirkt fort.

Die Vorgeschichte der als „Prager Frühling“ (so hieß ein jährliches Musikfestival in der Moldaustadt) in die Geschichte eingegangenen Vorgänge in der ČSSR wurzelte in der ausgebliebenen Entstalinisierung. Es kam weder 1953 zu einer Modifizierung des Transformationsprozesses, wie ihn der „Neue Kurs“ in der DDR oder in Ungarn auslöste, noch bewirkte der XX. Parteitag der KPdSU 1956 reformerische Bemühungen. Erst 1962 setzte eine halbherzige Entstalinisierung ein, die aber die Rehabilitation verfolgter Kommunist_innen (nur um solche ging es bei der Entstalinisierung!)

verschleppte. Neben politischen Öffnungstendenzen debattierte die Kommunistische Partei über Wirtschaftsreformen. 1967 kulminierte der politische Richtungsstreit in der kommunistischen Partei. Deren Chef, Antonín Novotný, wurde von einem Bündnis zwischen einer Reformgruppe um Alexander Dubček und den slowakischen Vertretern im ZK der KSČ im Januar 1968 gestürzt. Zur eigentlichen Sensation geriet das im April 1968 beschlossene Aktionsprogramm der KSČ. Darin wurden die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente, Schritte zur Demokratisierung von Staat und Partei, die Kontrolle der Regierung durch das Parlament, der Ausbau rechtsstaatlicher Organe, Gewährung von Religions-, Presse- und Meinungsfreiheit, die Aktivierung der Gewerkschaften und eine föderalistische Nationalitätenpolitik angekündigt. Außenpolitisch sollte eine größere Bewegungsfreiheit gegenüber den Ostblockstaaten angestrebt und gegenüber dem Westen Koexistenz auf Grundlage der UNO-Charta praktiziert werden. Von diesen Ankündigungen konnten bis zum August nur wenige Reformen umgesetzt werden.

Im Frühjahr 1968 entstanden Bürgerbewegungen, die sich an Wahlen beteiligen wollten. Es gab Bestrebungen zur Neugründung der sozialdemokratischen Partei. Die gleichgeschalteten bürgerlichen Parteien verselbstständigten sich. Die kommunistische Jugendorganisation zerfiel in unabhängige Gruppen. In vielen Betrieben entstanden unabhängige Gewerkschaftsgruppen und Arbeiterräte. Ein Höhepunkt der demokra-

tischen Artikulation wurde das Manifest der „2000 Worte“ des Schriftstellers Ludvík Vaculík, das im Juni 1968 herauskam. Das Manifest warb für Demokratisierung und Pluralisierung.

In der Nacht zum 21. August marschierten die Truppen der Sowjetunion mit der Unterstützung Polens, Ungarns und Bulgariens in der Tschechoslowakei ein. DDR-Truppen standen an der Grenze in Reserve. Vorausgegangen war eine lange Reihe von politischen Erpressungsversuchen der Sowjets und heftige Propaganda gegen das Reformprojekt.

Der Einmarsch forderte etwa 100 Tote, zahlreiche Verletzte und brachte viele Menschen in Gefängnisse. Der Protest der tschechoslowakischen Führung, auch beim Sicherheitsrat der UNO, zielte auf ein passives Widersetzen von Partei und Gesellschaft. Anfänglich konnten sich die Reformkräfte mit Dubček in einer zähen Kompromisspolitik noch behaupten. Der Druck bei den Verhandlungen und die allmähliche, durch die Sowjets erzwungene Besetzung vieler Positionen mit Reformgegner_innen führten innerhalb eines Jahres zum völligen Zusammenbruch der Reformkräfte. Als 1969 Gustáv Husák Parteiführer wurde, setzte die „Normalisierung“ ein. Die ČSSR erlebte nach 1948/52 die zweite große, von den herrschenden Kommunist_innen betriebene Verfolgungskampagne: aus der Kommunistischen Partei wurden 350.000 Mitglieder ausgeschlossen, rund weitere 150.000 Mitglieder traten aus. Rund 120.000 Menschen emigrierten.

Für längere Zeit löste das Ende des Prager

Frühlings eine allgemeine Depression und bei vielen Menschen in den sozialistischen Ländern ihren endgültigen Abschied von der kommunistischen Ideenwelt aus. Die sowjetische Führung hatte mit der nach dem Einmarsch verkündeten so genannten Breshnew-Doktrin von 1968 ihren Willen bekundet, kein Land aus ihrem Einflussbereich zu entlassen. In der Prawda vom 22. August 1968 war unter der Überschrift „Die Verteidigung des Sozialismus ist höchste internationalistische Pflicht“ der Kerngedanke der Breshnew-Doktrin bereits zu lesen: „Die Verteidigung des Sozialismus in der ČSSR ist nicht nur eine innere Angelegenheit des Volkes dieses Landes, sondern auch mit der Verteidigung der Positionen des Weltsozialismus verknüpft.“

Für den 23. August 1968 hatte die tschechoslowakische Führung zum Generalstreik aufgerufen, der vollständig durchgeführt wurde. Damit setzte eine gewaltfreie und zivile Widerstandsperiode ein, die mit erstaunlichem Erfindungsgeist sowohl den sowjetischen Okkupanten wie auch den kommunistischen Kollaborateur_innen eine Zwangsverwaltung des Landes zunächst unmöglich machte. So galt die Losung: „Krümmt ihnen kein Haar, reicht ihnen keinen Tropfen Wasser!“

Als der politische öffentliche Raum wieder geschlossen war, blieb der tschechoslowakischen Gesellschaft nur noch die symbolische Rekapitulation der Freiheit. Als etwa die tschechoslowakische Nationalmannschaft bei der Eishockey-Weltmeisterschaft im März 1969 in Schweden zweimal gegen die

UdSSR gewann, feierten Hunderttausende auf den Straßen. Und am ersten Jahrestag des Einmarsches mussten sowjetische Soldaten gegen die demonstrierenden Massen eingesetzt werden. Das berühmteste Symbol mit schrecklichen Folgen setzte der Student Jan Palach bereits am 16. Januar 1969, als er sich aus Protest auf dem Prager Wenzelsplatz verbrannte (er verstarb am 19. Januar). In Prag kamen Hunderttausende zu einer Trauerdemonstration für Palach zusammen. Er war eines von mehreren Selbstverbrennungsopferten in- und außerhalb der ČSSR. 1989 zählte die Erinnerung an den „Prager Frühling“ und seine Niederschlagung zu den unmittelbaren Ausgangspunkten der Revolution.

Der Einfluss westlicher Jugendkulturen in der DDR war in den 1960er Jahren enorm und setzte die SED-Führung erheblich unter Druck. Die Studentenunruhen dann 1968 in West-Berlin, Paris oder Berkeley interessierten viele junge Menschen in der DDR. Noch stärker aber interessierten sich viele Menschen in der DDR für die Vorgänge in Polen, in Jugoslawien und vor allem und zuallererst in der ČSSR. Erstmals in der Geschichte schien es möglich, Sozialismus, Demokratie und Freiheit zusammenzubringen. Ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, ein „demokratischer Sozialismus“ stellte für viele Menschen die realistischste Alternative zu den tatsächlichen Herrschaftsverhältnissen dar.

Die Wiederherstellung freiheitlicher Grundnormen wie etwa die Abschaffung der Zensur, übte eine Strahlkraft in die DDR aus, die

für die SED-Herrschaft unmittelbar gefährlich erschien. Es liegt nahe, den so genannten Volksentscheid über die neue DDR-Verfassung vom 6. April 1968 auch unter dem Einfluss der ČSSR-Entwicklungen zu betrachten. Immerhin sind niemals zuvor oder später so viele Gegenstimmen und Nichtwähler offiziell eingeräumt worden: rund 700.000, etwa sechs Prozent der Stimmberechtigten. In der neuen Verfassung wurde in Artikel 1 der Machtanspruch der SED verankert. Monatelang überzog das Land eine Propagandawelle, die für ein „Ja“ zur neuen Verfassung warb. Die allgemeine Stimmungslage zum „Volksentscheid“ brachte im Februar 1968 ein Faschingsmotto zum Ausdruck: „Das ganze Fischvolk diskutiert die neue Verfassung. Schade, dass Fische stumm sind.“ Die neue DDR-Verfassung trat am 9. April 1968 in Kraft. Der Büttnerredner ist am 18. März 1968 vom MfS in Haft genommen worden, auf den Tag 22 Jahre bevor in der DDR erstmals freie Wahlen stattfanden.

Ab März 1968 gingen führende SED-Funktionäre immer offener gegen die Reformbestrebungen in der ČSSR vor. SED-Propagandachef Kurt Hager kritisierte öffentlich ČSSR-Regierungsmitglieder, womit er sich den Zorn vieler Tschech_innen und Slowak_innen zuzog. Dass Walter Ulbricht namens der SED-Führung zu den besonderen Scharfmachern gegen die Entwicklungen in der ČSSR zählte und später auch zu den wichtigsten Befürwortern einer militärischen Intervention, hatte sich seit dem Frühjahr 1968 öffentlich angedeutet. Intern

wurden die Funktionäre deutlicher. ZK-Mitglied Bruno Beater, stellv. MfS-Minister, erklärte am 14. März in einer MfS-Dienstberatung: „Die Ereignisse in der ČSSR und in der VR Polen muss man als Versuche, Konterrevolution zu organisieren, und mit dem Bestandteil der Globalstrategie des Westens einschätzen.“ Merkwürdig erschien ihm: „In Westberlin demonstrierten die Studenten mit roten Fahnen. In Warschau verbrannten die Studenten die roten Fahnen. Welch ein Widerspruch!“ Der MfS-Stratege sah genau: „Auch bei uns liegt ein Haufen Menschen auf der Lauer und wartet nur darauf, dass ähnliche Situationen wie in Polen und der ČSSR eintreten.“

Nach dem Einmarsch versuchte die SED-Führung, öffentlich den Eindruck zu vermitteln, die gesamte ostdeutsche Gesellschaft begrüße die Invasion. Wochenlang versicherten Hunderte Personen in den Spalten des „Neuen Deutschland“ und anderer Tageszeitungen, dass die „internationalistische Hilfe“ gerechtfertigt sei und nur so dem „imperialistischen Beutezug“ Einhalt geboten werden konnte. Der Historiker Leo Stern, langjähriger Rektor der Universität Halle, ließ z.B. unter der Überschrift „München 1938 ist Bonner Revancheprogramm“ seine Leser_innen wissen, dass der Einmarsch westlichen Invasionsplänen lediglich zuvor gekommen sei.

Obwohl entgegen den offiziellen Verlautbarungen die Empörung über den Einmarsch auch in der DDR breit und allgemein war, blieb es dennoch weitgehend ruhig oder, um es mit den Worten des Historikers Ste-

fan Wolle auszudrücken, „nur an den Badestränden kam es zu größeren Menschenansammlungen“. Viele Zeitzeug_innen berichten heute, wie sehr sie der Einmarsch bewegt habe. Ältere zogen Parallelen zu 1956 und 1953, aber vor allem zu 1938. Für Jüngere kam der Einmarsch nun ihrem eigenen „1956“ oder „1953“ gleich.

Neben der allgemein niedergedrückten Stimmung kam es zu einer Vielzahl von demonstrativen Protesten, die quantitativ die Proteste etwa gegen den Mauerbau erheblich übertrafen. Im März 1969 bekannte Erich Mielke vor Führungskadern des MfS mit Blick auf die ostdeutschen Proteste gegen die Intervention, dass es insgesamt über 2.100 demonstrativ-öffentliche Protestakte nach dem 21. August 1968 gegeben hatte. 80 Prozent davon hätten nicht aufgeklärt werden können. Den Schwerpunkt bildete Ost-Berlin, wo das MfS und die Polizei 27 Prozent aller Vorkommnisse zählte, es folgten die Grenzbezirke Dresden (12 %) und Karl-Marx-Stadt (10 %). Das Ministerium des Innern zählte allein bis zum 29. August 1968 1.742 Straftatbestände, die mit dem Einmarsch in direkter Verbindung standen. In einigen Städten kam es zu Kurzdemonstrationen, etwa in Potsdam, Ost-Berlin, Erfurt, Eisenach, Dresden, Lübbenau oder Gotha. Aus vielen Städten und Gemeinden wurden Flugblattaktionen gemeldet. Am 26. August kursierten in Annaberg Flugblätter, auf denen Dubček gefeiert und zugleich ausgedrückt wurde: „Prag ist das Stalingrad für Ulbricht“. Eine andere Form der Proteste war das Anbringen von „Hetzlosungen“

(MfS-Jargon) an Häuserwänden, Bahnhofshallen, Friedhofsmauern, Betriebshallen, Brücken oder auf Autostraßen. Insgesamt zählte das MfS unmittelbar nach dem Einmarsch 1.690 solcher Losungen. Sehr selten erhob sich Protest, der sich direkt gegen die sowjetischen Truppen in der DDR richtete. In der DDR waren etwa 500.000 sowjetische Soldaten stationiert, in vielen Regionen gehörten die „Russen“ zum Alltag.

Die in den Betrieben, Schulen, Universitäten und Militäreinheiten nach dem Einmarsch abgeforderten schriftlichen Zustimmungserklärungen zum Einmarsch in die ČSSR verweigerten Tausende DDR-Bürger_innen. In einigen Betrieben haben komplette Belegschaften oder die Mehrheit der Betriebsangehörigen die Unterschrift verweigert, Versammlungen fielen wegen mangelnder Beteiligung aus, und auch in vielen SED-Versammlungen artikulierten Parteimitglieder Protest und kritische Fragen.

Im Oktober 1968 legte der DDR-Generalstaatsanwalt eine Statistik über strafrechtlich belangte Personen vor, die sich an Sympathiekundgebungen für die ČSSR beteiligt hatten. Das betraf 1.189 Personen. 70,4 Prozent der Verurteilten waren zwischen 16 und 30 Jahren alt, 4,5 Prozent (absolut: 53) waren sogar jünger als 16 Jahre. Drei Viertel aller ermittelten und verurteilten Straftaten stammten also von Personen unter 30 Jahren. 84,2 Prozent der Verurteilten waren Arbeiter_innen und vier Prozent Bauern. Schüler_innen und Studierende stellten 8,5 Prozent (absolut: 85). In den nachfolgenden Monaten kamen noch etliche Prozesse mit

Haftstrafen hinzu. An den prozentualen Gewichtungen veränderten sie nichts.

Prinzipiell ist festzustellen, dass der „Prager Frühling“ vor allem auf Intellektuelle und Studierende faszinierend wirkte und sich mit ihm Hoffnungen auf einen „demokratischen Sozialismus“ verbanden. Demonstrative Proteste gegen den Einmarsch der Interventionstruppen gingen vor allem von jüngeren, parteilosen Arbeiter_innen und Lehrlingen aus. Die Stimmungsberichte von SED und MfS dokumentieren, dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung den Einmarsch entschieden ablehnte. Vor allem ältere Personen verglichen den Einmarsch immer wieder mit dem von 1938. Allgemein wurde vermutet, dass in der ČSSR eine Stimmung und Lage herrschte wie 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn. Vor allem Frauen und Männer über 30 Jahren waren oft vom Einmarsch nicht sonderlich überrascht. Dieser stellte für viele die Herrschaftslogik der Kommunist_innen wieder her, so wie man es bereits von 1953, von 1956 und in gewisser Hinsicht auch von 1961 her kannte. Die Zustimmung zum politischen System war nach dem Einmarsch auf einem für die SED-Führung besorgniserregenden Tiefpunkt angelangt. Aber: Die SED hatte ihr „68“ bereits 1953 erlebt und daraus gelernt. Das Herrschaftssystem blieb stabil – bis Ende der 1980er Jahre.

Über den Autor:

Der Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk arbeitet als Projektleiter und Fachkoordinator der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Zu seinen vielen Veröffentlichungen gehört z.B. zuletzt: „Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit. Göttingen 2014. Hg. (mit Arno Polzin)“. Gegenwärtig schreibt er an einer Biographie über Walter Ulbricht.

Der Prager Frühling und die Erinnerung an die Shoah in der ČSSR

Von Ingolf Seidel

Der gesellschaftliche Aufbruch des sogenannten Prager Frühlings, indem die Hoffnung auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der Tschechischen Sozialistischen Republik (ČSSR) lag, wirkte sich auch auf die Situation der jüdischen Gemeinden und die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden aus. Im Gegensatz zum bis dahin antizionistischen, nicht selten antisemitischen, Kurs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) gegenüber Israel, kritisierten insbesondere seit dem Sechs-Tage-Krieg Schriftsteller_innen die offizielle politische Haltung. Mitarbeiter_innen der Gedenkstätte Theresienstadt verfassten im Mai 1968 sogar einen offenen Brief an Außenminister Jiří Hájek indem sie ihre Sympathien ihre für Israel offenlegten und die anti-israelische Politik kritisierten. Der Rat der jüdischen Gemeinden verlangte die Aufhebung der gesetzlichen Ungleichbehandlung der im Nationalsozialismus aus rassistischen Gründen Verfolgten gegenüber den politisch Verfolgten, die auf einer Konstruktion von angeblich passiven und aktiven Opfern beruht (Hallama 2015a: 267f).

Das Leiden der Anderen

Doch war der Prager Frühling nur ein kurzer Zeitraum politischen Tauwetters, in dem auch die Erinnerung an den Holocaust gegenüber dem an die sowjetische Geschichts-

politik angelehnten antifaschistischen Universalismus kurzzeitig einen Aufschwung nahm? Indem Peter Hallama aus den „politischen Rahmenbedingungen nicht die alleinige Erklärungskraft für die Möglichkeiten und Ausformungen der Holocaust-Erinnerung“ (Hallama 2015b) zieht, kommt er in seiner Studie „Nationale Helden und jüdische Opfer. Tschechische Repräsentationen des Holocaust“ zu sehr viel differenzierteren Einschätzungen. Er hinterfragt „die allzu einfache Schuldzuweisung, demnach allein der kommunistische Staat mit seiner antifaschistischen Ideologie für die ‚Unterdrückung‘ der Shoah verantwortlich sei.“ und zeigt auf „wie die Erinnerung an die jüdischen Opfer des Holocaust bereits unmittelbar nach Kriegsende an den Rand gedrängt und vor allem als ‚Sache der Juden‘ betrachtet worden war“ (Hallama 2015b). In der ČSR der Nachkriegszeit bis zum Februar 1948, also bis zum Umsturz der Kommunist_innen gegen die Regierung Beneš, wurde die deutsche Besatzungs- und Germanisierungspolitik häufig gleichgesetzt mit der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Diese Gleichsetzung berührt einen „der zentralen Faktoren der tschechischen Weltkriegserinnerungen: die Assimilierung des jüdischen Schicksals an das (in Erwägung gezogene) Schicksal der Tschechen, die zu einer Negation jedweder Spezifität und Partikularität des Holocaust führte“ (Hallama 2015a: 48). Darüber hinaus wurde der Antisemitismus in der Nachkriegszeit externalisiert und zugleich die Gesellschaft als immun gegen Antisemitismus

dargestellt. So wurde das jüdische Leiden das Leiden der „Anderen“ das einen nicht betraf und das nicht erinnert wurde. Auch die Auseinandersetzung um die Frage tschechischer Kollaboration und Mittäterschaft, insbesondere in den „Zigeunerlagern“ Lety und Hodonín fand keinen gebührenden Platz im öffentlichen Diskurs und ist gesamtgesellschaftlich bis heute kaum geführt.

In der Tat hatte die tschechische Bevölkerung schrecklich unter dem deutschen Besatzungsregime im „Protektorat Böhmen und Mähren“ zu leiden. Da die tschechische Rüstungsindustrie nicht gefährdet werden sollte, gab es von dort aus keine Massendeportationen wie aus Polen. Dennoch waren allein im KZ Dachau 5.500 Tschechen inhaftiert.

Berüchtigt ist auch das Massaker in Lidice westlich von Prag, begangen vor allem durch deutsche Ordnungspolizei, bei dem der Ort am 10. Juni 1942 praktisch ausgelöscht wurde. Dieses herausragende Einzelverbrechen des Zweiten Weltkriegs erhielt einen zentralen Stellenwert in der tschechischen Erinnerung mit bis heute heroisierender Ausrichtung der Erinnerung.

Theresienstadt/Terezín: Marginalisiertes Erinnern an das Ghetto

Auch das ab 1780 als österreichische Festung erbaute Theresienstadt wurde ein wichtiger Markstein in der tschechischen Geschichtskultur. Eingang in die tschechische Erinnerung fand jedoch in erster Linie das ehemalige Gestapo-Gefängnis in der Kleinen Festung, für die 1947 eine „Gedenkstätte des

nationalen Leidens“ beschlossen und am 11. Juni 1949 eröffnet wurde. Als Ort der Verfolgung von politischen Gegner_innen und des Widerstands wurde die Kleine Festung ein Sinnbild, das mit dem von Lidice in seiner Bedeutung gleichzusetzen ist. Die erste Ausstellung wurde vom Historischen Institut des Militärs eingerichtet und thematisierte hauptsächlich den kommunistischen Widerstand und kommunistische Gefangene.

Diese Erinnerung ging zulasten derjenigen an das Ghetto Theresienstadt. So wurde das ehemalige Polizeigefängnis als Konzentrationslager bezeichnet und die Kleine Festung diskursiv als Synonym für den Verbrechenskomplex Theresienstadt gesetzt (Hallama 2015a: 66f). Die Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden blieb bis zur Entstalinisierung in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren marginal, obwohl sich die jüdischen Gemeinden um eine Veränderung der Situation bemühten. Hinter dem antifaschistischen Universalismus verschwand die Erinnerung an das Ghetto. So gab es 1952 einen Plan zur Errichtung eines Ghetto-museums in der Palackystraße 5. Er wurde jedoch behördlicherseits mit dem Hinweis verhindert, die Ausstellung in der Kleinen Festung sei informativ genug. Im Klima des staatlich geschürten Antisemitismus, das seinen öffentlichen Höhepunkt in den Slánský-Prozessen desselben Jahres fand, und mit einer antizionistischen Außenpolitik gegenüber Israel war es um die Erinnerung an die jüdische Verfolgungsgeschichte

nicht gut bestellt. Einzig zwei außerhalb der Stadt liegende Orte standen in der Nachkriegszeit für so etwas wie eine jüdische Perspektive der Erinnerung. Dazu gehörte ein Gedenkort, errichtet von ehemaligen Inhaftierten in der direkten Nachkriegszeit, am Fluss Ohře (Eger), wo 1944 die Asche von mehr als 20.000 Opfern auf Befehl der SS in den Fluss gekippt worden war. Anfangs wies noch ein hölzerner Davidstern auf die jüdischen Opfer hin. Bereits 1946 wurde das jüdische Symbol durch eine universalisierende Inschrift am Boden ersetzt: „Hier ruhen 25.000 Theresienstädter Urnen 1941-1945“ (zit. nach Hallama 2015a: 86).

Auf dem jüdischen Friedhof beim Gebäude des ehemaligen Krematoriums, ungefähr einen Kilometer außerhalb der Festung gelegen, sind ungefähr 12.000 Menschen in Einzel- und Massengräbern bestattet worden. Die Instandsetzung des Ortes und seine Betreuung oblag zunächst der jüdischen Kultusgemeinde. Sie trug auch die Kosten und organisierte Freiwilligenarbeiten. „Im Rahmen der Gedenkfeierlichkeiten der jüdischen Gemeinde im April 1947 wurde etwa das Krematorium [...] vom Kolíner Rabbiner und ehemaligen Theresienstadt-Häftling Richard Feder neu eingeweiht. Hier sollten in Zukunft die alljährlichen Trauerfeiern der jüdischen Gemeinde stattfinden und in den 1960er Jahren schließlich auch erste Ansätze einer musealen Installation zur Geschichte des Ghettos verwirklicht werden“ (Hallama 2015a: 85).

Mit der fortschreitenden Entstalinisierung begann ein geschichtspolitischer Verände-

rungsprozess, der seinen Niederschlag in der Veränderung des Status von Theresienstadt fand. Die Gedenkstätte wurde durch die Prager Regierung am 30. Mai 1962 zum nationalen Kulturdenkmal erklärt. Damit einher ging ein Entwicklungsplan, der Stellen für die wissenschaftliche Arbeit von Historiker_innen, Kurator_innen und Archivar_innen vorsah. 1965 ging die Verwaltung der Gedenkstätte in den nordböhmischen Kreis-Nationalrat über. Die Arbeit nahm in der Folge zunehmend den Charakter einer Museumstätigkeit an. Neben der Erweiterung des historischen Forschungshorizonts auf den Gesamtkomplex Theresienstadt, von der Errichtung als österreichische Festung bis zur deutschen Besatzung, sollte die Einrichtung nun auch die Erinnerung an das Ghetto sowie an das KZ Leitmeritz, einem Außenlager des KZ Flossenbürg, in ihre Arbeit einbeziehen (Benz 2013: 234f; Munk 1998: 343f). Die Einsetzung einer ‚Regierungskommission zum Aufbau der Gedenkstätte Theresienstadt‘ integrierte nicht nur den Verband antifaschistischer Kämpfer_innen, sondern auch den Rat der jüdischen Gemeinden.

Symbolisch für diesen Prozess der Öffnung steht die offizielle Umbenennung in „Gedenkstätte Theresienstadt“ (Památník Terezín), die heute noch gültige Bezeichnung. Die Gedenkstätte entwickelte sich zunehmend zu einem Ort an dem informell auch Künstler_innen eingebunden wurden und an dem die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung diskutiert wurde. Auch ein Plan zu Errichtung eines Museums für das Ghet-

Film und Literatur

to wurde wieder reaktiviert. Mit den Vorbereitungen zu Einrichtung des Museums wurde 1968 begonnen, doch zerstob dieser Plan letztlich wie andere Hoffnungen unter den Ketten sowjetischer Panzer und in der nachfolgenden Phase der sogenannten Normalisierung. „Es kam zwar nicht sofort zur vollständigen Aufgabe des Projektes, aber zunächst hatte man auf gewisse außenpolitische Umstände Rücksicht zu nehmen. Darüber hinaus war das Regime bemüht, sich nicht des Antisemitismus bezichtigen zu lassen. Aus diesen Gründen wurde in aller Stille von dem einstigen Vorhaben, ein Ghetto-Museum zu schaffen, Abstand genommen“ (Blodig 2005: 224). Einzelne Vorhaben zur Umgestaltung wurden dennoch umgesetzt. Dazu gehört die Instandsetzung des Denkmals an der Ohře sowie die Errichtung eines steinernen Denkmals und die Neugestaltung des jüdischen Friedhofs. Die Kosten für diese Arbeiten wurden vor allem durch jüdische Organisationen aus dem Ausland aufgebracht. Die Hälfte der Mittel stammt aus Österreich. Doch nicht alle Entwicklungen der 1960er-Jahre konnten rückgängig gemacht werden. Die Dokumentations- und Forschungsarbeit zur Geschichte des Ghettos wurde fortgeführt. Allerdings gab es kaum Möglichkeiten zur Publikation der Forschungsergebnisse. Vojtěch Blodig weist darauf hin, dass in der Fachzeitschrift *Theresienstädter Blätter* zwischen 1975 und 1988 nur neun Artikel erschienen sind, die sich mit der Geschichte des Ghettos befassen (Ebda.: 224ff).

In unterschiedlichen Filmen und literarischen Darstellungen fand die Erinnerung an die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ihren Platz: „Einer der frühesten Spielfilme über die Rassengesetze und Konzentrationslager ist der tschechoslowakische Film *Daleká cesta* (Der lange Weg, 1949; Alfréd Radok) über das Schicksal einer ‚Mischehe‘ in Prag und Terezín/Theresienstadt“ (Drubek-Meyer 2008: 342). Das politische Tauwetter der Entstalinisierung schlug sich bis in den Prager Frühling hinein auch im Medium Film sowie dessen Thematisierung der Shoah und des jüdischen Schicksals nieder. So griffen „einige wichtige Filme der tschechischen ‚Neuen Welle‘ das Thema auf: *Transport z ráje* (Transport aus dem Paradies, 1962), *Démanty noci* (Diamanten der Nacht, 1963), *Obchod na korze* (Der Laden auf der Hauptstraße, 1965), Dita Saxová (1967) und *Modlitba pro Kateřinu Horovitzovou* (Gebet für Kateřina Horovitzová, 1969). Der Slovake Peter Solan thematisierte 1963 in seinem Film *Boxer a smrt* (Der Boxer und der Tod, 1963) die sogenannte ‚Endlösung‘“ (Ebda.).

Auch die Literatur nahm sich ab Ende der 1950er-Jahre und im Prager Frühling in Romanform jüdischer Themen an. Häufig waren die Romane dieser „Zweiten Welle“ autobiografisch geprägt. Hier ist beispielhaft Arnošt Lustig zu nennen, der Theresienstadt, Auschwitz und Buchenwald überlebte und im April von einem Transport nach Dachau fliehen konnte. Wie andere Juden

auch wurde er im Zusammenhang mit den Slánský-Prozessen polizeilich über Kontakte nach Israel verhört. Lustig hatte als Berichterstatter über den Unabhängigkeitskrieg für die Zeitung *Lidové noviny* (Volkszeitung) in Israel gearbeitet. Lustig verließ die ČSSR schließlich 1968 um in die USA zu emigrieren. Er kehrte erst 2003 wieder nach Prag zurück. Seine neorealistischen Erzählungen und Novellen verweigern sich der Heroisierung des Widerstands. In *Noc a naděje* (Nacht und Hoffnung von 1957) und *Démanty noci* (Diamanten der Nacht von 1958) widmet er sich alten Menschen und Kindern als Lagerinsassen. *Můj známý Vili Feld* (Mein Bekannter Vili Feld von 1961) und Dita Saxová (1962) greifen die Probleme von KZ-Überlebenden auf sich in der Nachkriegszeit zurecht zu finden. Neben Lustig wären noch weitere relevante Autor_innen zu nennen, die sich mit der Shoah und dem jüdisch-tschechischen Verhältnis beschäftigt haben. Dazu gehören neben anderen Ladislav Fuks (1923-1994), der in seinen ersten Büchern vor allem das Thema der Solidarität von Tschech_innen und Juden_Jüdinnen aufgriff. In dem 1967 erschienene Roman *Spalovač mrtvol* (Der Leichenverbrenner), ein Horrorroman über einen Angestellten eines Krematoriums, bildet der selbstkritische Umgang mit tschechischer Kollaboration mit dem Nationalsozialismus das Leitthema. Der Roman wurde 1968 von Juraj Herz verfilmt (Drubek-Meyer 2008: 346f).

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen endete mit der Niederschlagung des Prager

Frühlings die Auseinandersetzung mit der deutschen Besatzung und der Verfolgung und Ermordung der tschechischen Jüdinnen und Juden nicht völlig. Sie trat allerdings deutlich in den Hintergrund und erst mit den politischen Umbrüchen nach 1989 bekam die Erinnerung an die Shoah einen neuen Platz in der tschechischen Gesellschaft. Dennoch bleibt die Thematisierung von Kollaboration und Mittäterschaft bei den deutschen Verbrechen eine Aufgabe, die noch längst nicht vollständig angegangen, noch gar komplett aufgearbeitet ist.

Literatur

Wolfgang Benz: Theresienstadt. Eine Geschichte von Täuschung und Vernichtung. München 2013.

Vojtěch Blodig: Die Gedenkstätte Theresienstadt in der Vergangenheit und der Gegenwart, in: Christoph Cornelißen, Roman Holec, Jiří Pešek (Hg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Essen 2005. S. 221-228.

Natascha Drubek-Meyer: Opfer und „Leichenverbrenner“. Das „jüdische Thema“ in tschechischer Literatur und Film, in: Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.) Geschichtspolitik und Gegenerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas (=Osteuropa 6/2008). Berlin 2008. S. 341-356.

Peter Hallama: Nationale Helden und jüdische Opfer. Tschechische Repräsentationen

des Holocaust. Göttingen 2015 (Hallama 2015a).

Peter Hallama: Nationalgeschichte oder „Hebraistik“? Die tschechische Erinnerung an den Holocaust. 2015. Online unter http://erinnerung.hypothesos.org/125?lang=de_DE (Hallama 2015b).

Jan Munk: Entwicklungskonzeptionen der Gedenkstätte Theresienstadt und die Motivationsstruktur ihrer Besucher, in: Miraoslav Kárný, Raimund Kemper, Margita Kárná: Theresienstädter Studien und Dokumente 1998. Prag 1998. S. 342-355.

Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt.

Von Tanja Kleeh

Jubiläen geraten schnell unter Verdacht, hastig niedergeschriebene Werke in Massen auf den Markt zu werfen. Mit „Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt“ gelingt Martin Schulze Wessel der Gegenbeweis. Auf fast 300 Seiten zeichnet er unter Berücksichtigung bisher kaum beachteter Aspekte wie dem erstarkenden Antisemitismus und dem Nationalitätenkonflikt zwischen Tschechen und Slowaken die Entwicklungen zum Einmarsch der sowjetischen Truppen im August 1968 nach.

Bereits in der Einleitung betont Schulze Wessel die bis heute andauernden unterschiedlichen Interpretationen des „Prager Frühlings“. Der Streit um die Deutungshoheit der Geschehnisse, so Schulze Wessel, habe bereits 1968 begonnen. Heute ist die unmittelbare Erinnerung längst durch die Bilder aus Literatur und Spielfilme abgelöst worden (S.7). Nicht überbewertet wissen möchte der Autor die Besetzung an sich. Er lenkt den Blick auf die Vorgeschichte des „Prager Frühlings“. Seine These: Der „Prager Frühling“ wurde von den Zukunftsvorstellungen einer neuen Gesellschaft und der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der letzten 50 Jahre vorangetrieben (S.9).

Somit überrascht es auch nicht, dass Schulze Wessel der Vergangenheitsbewältigung gleich zu Beginn ein komplettes Kapitel widmet, er spricht gar vom „Prager Frühling“ als „ein Projekt der Vergangenheitsbewälti-

gung“ (S.20). Beispielhaft führt er die filmische Umsetzung der Schicksale politischer Verfolgungen in der Stalin-Zeit an. Als herausragende und für die Reformbewegungen prägend ordnet Schulze Wessel die vielen Schauprozesse ein, bezeichnet die mangelnde Aufarbeitung gar als „Katalysator“ (S.49). Getragen vom inneren Nationalitätenkonflikt, zerstörten sie „einen Teil des moralischen Kapitals, mit dem die Kommunisten aus dem Zweiten Weltkrieg vorgegangen waren“ (S.28). Schulze Wessel weist darauf hin, dass gerade zwischen den Opfern dieser Schauprozesse und den Helden des „Prager Frühlings“ viele biografische Parallelen bestehen (S.29). Es werden Beispielbiografien wie die von Josef Pavel vorgestellt, der nach seiner Verhaftung 1951 während des „Prager Frühlings“ auf die politische Bühne zurückkehrte, schlussendlich Innenminister wurde (S.31). Anhand ihrer Schicksale werden nicht nur die Auswirkungen der Schauprozesse, sondern auch der lange, komplizierte Weg zur Rehabilitierung verdeutlicht.

Nach diesem Rückblick ist das zweite Kapitel der Zukunft gewidmet. Mit den Veränderungen des „Prager Frühlings“ stellte sich auch die Frage nach der Neuausrichtung des Sozialismus in der Tschechoslowakei. Dies gilt im speziellen für die Bereiche Literatur, Philosophie, Wirtschaft sowie Politik und Recht (S.57). In der Literatur spielte die Wiederentdeckung der Werke Frank Kafkas gerade für den tschechischen Landesteil eine große Rolle. Einmal mehr verweist Schulze Wessel auf die Diskrepanzen zwischen dem tschechischen und slowakischen Landesteil,

wenn er unterschiedliche Entwicklungslinien im literarischen Bereich aufzeigt (S.64). Für den wirtschaftlichen Bereich hebt der Autor die Bedeutung des sogenannten „Richa-Reports“, bekannt geworden als „Zivilisation am Scheideweg“, hervor. Dem gegenüber stellt er das Reformkonzept von Ota Šik. Auf politisch-rechtlicher Ebene wird das Konzept von Zdenek Mlynár erläutert. Auch hier legt er das Augenmerk wieder auf den Konflikt der beiden Nationen. Schulze Wessel zeichnet sowohl die Entstehung der einzelnen Reformziele nach und gibt einen Überblick, in wie weit sie Eingang in die Programme des Prager Frühlings fanden. Schließlich stellt er sie gezielt nebeneinander (S. 132) und unterzieht die Konzepte zusammen mit der Kafka-Konferenz einer vergleichenden Analyse.

Wenig überraschend beinhaltet das dritte Kapitel die Geschehnisse rund um den „Prager Frühling“ und seine Vorläufer. Chronologisch behandelt werden dabei die Proteste der Studierenden und Novotnýs Sturz. Etwas ausführlicher beleuchtet wird die Zeit nach dem Amtsantritt Dubčeks. Die damit verbundenen Unabwägbarkeiten sowie der entstehende „radikale Neubeginn“ (S.153) werden fein säuberlich herausgearbeitet. Ebenso detailreich wird der Beginn des „Prager Frühlings“ anhand der neu gewonnenen Pressefreiheit geschildert. Sehr interessant einmal mehr der Blick auf einen völlig neuen Aspekt, die Frage nach der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (S. 191). Schulze Wessel füttert und füttert seine Leserschaft mit unglaublich vielen Infor-

mationen. Jedoch wirkt gerade dieses Kapitel an mancher Stelle etwas überladen.

Besser gelingt dies im vorletzten Kapitel. Dort werden am Beispiel von Sozialdemokraten und Kirchen die Auswirkungen der Reformbestrebungen für die Gesellschaft beleuchtet. Zum Kapitelabschluss geht es einmal mehr um die transnationale Perspektive auf die Geschehnisse (S.222). Es sind diese Abschnitte bzw. Unterkapitel des Buches, die das Interesse wecken. Dem tatsächlich bisher kaum beachtete Aspekt der Auswirkungen über die Sowjetunion und die Tschechoslowakei hinaus wird hier besondere Beachtung geschenkt.

Das fünfte und letzte Kapitel ist noch einmal den Medien gewidmet. Neben den Klassikern Funk und Fernsehen stellt Schulze Wessel die Printmedien, insbesondere bisher kaum beachtete (Leser_innen-)Briefe und die damit verbundenen Zeitungen in den Vordergrund. Damit gelingt ihm die authentische Abbildung der Stimmung im Land. Hier nun schlägt Schulze Wessel den Bogen zu denen anfangs getätigten Ausführungen zu den Schauprozessen der 1950er Jahre, so dass sich ein in sich geschlossenes Bild ergibt.

Wie bereits in der Einleitung angekündigt, setzt sich der Autor intensiv mit dem um sich greifenden Antisemitismus der 1960er-Jahre auseinander. Als Beispiel dient der Fall des im Buch zuvor mehrfach angeführten Politikers Eduard Goldstücker (S. 247). Auch den Nationalitätenkonflikt arbeitet Schulze Wessel noch einmal beispielhaft ab,

diesmal am „Manifest der 2000 Worte“.

Fazit:

Martin Schulze Wessel legt mit „Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt“ ein sowohl inhaltlich prall gefülltes als auch sehr anschauliches Buch vor. Wo altbekannte Informationen stehen, werden sie um neue Erkenntnisse des Autors ergänzt und ergeben somit ein rundes Bild der Geschehnisse im Jahr 1968. Unterfüttert mit zahlreichen Beispielen und vielfältigen, vor allem biographischen, Hintergrundinformationen zu den Verlauf bestimmenden Personen, gibt das Buch einen guten Überblick über die Entwicklungen von der Entstalinisierung bis hin zum „Prager Frühling“. Zu empfehlen ist es vor allem für diejenigen, die mehr über die Hintergründe der Ereignisse erfahren wollen. Für Lehrkräfte, die das Thema im Unterricht behandeln wollen, bietet der Band eine gute Möglichkeit für die eigene Vorbereitung.

Literatur

Schulze Wessel, Martin: Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt, Originalausgabe, Gebunden mit Schutzumschlag, Reclam Verlag, 323 Seiten, 28 €.

Das Buch ist über die Website des Verlags erhältlich: https://www.reclam.de/detail/978-3-15-011159-8/Schulze_Wessel___Martin/Der_Prager_Fruehling

Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR

Von Lucas Frings

Das Jahr 1968 ist in Westdeutschland und Berlin fest verbunden mit Protesten von jungen Menschen in Universitäten und Betrieben, dem Aufbegehren gegen das Establishment und der Forderung nach einer NS-Auseinandersetzung. Dieser Geist erfasste auch die evangelischen Kirchen. In der DDR beschäftigten vordergründig andere Themen die protestantischen Landeskirchen. Die im April 1968 in Kraft getretene Verfassung beschnitt ihre Rechte, sie wurden zur Loslösung vom gesamtdeutschen Dach der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) gedrängt und ein ostdeutscher Kirchenbund befand sich in Vorbereitung. Die Veränderungen, die zur gleichen Zeit im östlichen Nachbarland, der Tschechoslowakei, Gestalt annahmen wurden weitestgehend mit Hoffnung für die eigene Lage aufgenommen.

Handlungsspielräume der Kirchen

Ruthendorf-Przewoski fragt wie die evangelische Kirche in der DDR zum Prager Frühling und dessen Niederschlagung am 21. August 1968 dachte und handelte. Dabei leuchtet sie die Handlungsspielräume der evangelischen Kirchen aus. Was war sagbar? Zu welchen Anlässen waren welche Handlungen möglich?

In fünf Hauptteilen widmet sich Ruthendorf-Przewoski erst der Ausgangssituati-

on der Kirchen in der DDR vor 1968, dem Kontakt zwischen evangelischen Kirchen in der DDR und der Tschechoslowakei und der protestantischen Linken in der DDR. Anschließend beleuchtet sie die Situation der acht evangelischen Landeskirchen und die Motivationen und Handlungsorientierungen in den Kirchen.

Veränderungen im Jahr 1968

Zur Ausgangssituation gehören maßgeblich die Veränderungen durch die neue Verfassung der DDR vom April 1968. Im Vergleich zur Verfassung von 1949 – insbesondere deren Religionsartikel orientierten sich an der Weimarer Reichsverfassung – fielen der Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts und Rechtssicherheiten wie die Gewährleistung kirchlichen Eigentums weg.

Der Blick ins Nachbarland ließ die Kirchenoberen hingegen wieder auf Verbesserungen hoffen. In der ČSSR hatten Gemeindeglieder mit Briefen und Petitionen die Aufmerksamkeit der reformsozialistischen Kräfte in der Kommunistischen Partei auf die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gelenkt. Die Leitung des restriktiven staatlichen Kirchenamts und des Prager Kirchensekretariats wurden ab Ende März 1968 ersetzt und bestehende Gesetze offener ausgelegt.

Auch vor dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts erfuhren die Landeskirchen jedoch keine Zugeständnisse der SED-Führung. Diese drängte vielmehr auf eine Loslösung von der gesamtdeutschen Körperschaft der Evangelischen Kirche in

Deutschland. Die ostdeutschen Landeskirchen beugten sich dem Druck, wehrten sich aber mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) im Juni 1969 gegen das staatliche Ziel der „Vereinzelung und Differenzierung“ (S.84) der Landeskirchen.

Zwischen Staatsloyalität und vorsichtiger Kritik

Den Vergleich der Haltungen und Handlungen der einzelnen Landeskirchen vollzieht Ruthendorf-Przewoski auf den Ebenen der Bischöfe, der Kirchenleitungen, der Synoden, der mittleren Kirchenebene und einzelner Akteure. Die unterschiedlichen Positionen ab dem Frühjahr 1968, zwischen großer Zurückhaltung in der Staatskritik und offener Solidarität mit den kirchlichen und nicht-kirchlichen tschechoslowakischen Reformorientierten zeichnet die Autorin sehr genau nach. Dabei geht sie weit über die bekanntesten Beispiele, wie den von hunderten Pfarrern in Berlin und Brandenburg verlesenen Solidaritätsbriefs vom 08. September 1968, hinaus.

Hierbei sticht die Betrachtung des staatsloyalen „Thüringer Weg“ unter Landesbischof Moritz Mitzenheim hervor, welcher die Verfassung von 1968 öffentlich lobte. Seine im Februar 1968 getätigte Aussage, dass die Staatsgrenzen der DDR „auch die Grenze für die kirchlichen Organisationsmöglichkeiten“ (S.71) bilden, griff die Staatsführung dankend auf um die Loslösung von der EKD zu legitimieren. Nach dem Einmarsch am 21. August legte Mitzenheim sein Veto gegen

eine gemeinsame kirchliche Protestnote ein.

Diese hatte unter anderem Hans-Joachim Fränkel, Bischof des Görlitzer Kirchengebiets, gefordert, der durch wiederkehrende Auseinandersetzungen mit dem Staat zur persona non grata erklärt worden war. Zu den Ereignissen von 1968 positionierte sich Fränkel gleich zweimal deutlich und prominent. In einem Fürbittenentwurf, den er an alle Landeskirchen und die EKD schickte, solidarisierte er sich mit dem „schwergeprüften tschechoslowakischen Volk“ (S.280). Der bereits am 22. August 1968 geschriebene Entwurf fand jedoch bei seinen Kollegen kaum Anklang. Noch mehr Aufsehen erregte jedoch sein Brief an Walter Ulbricht vom Dezember 1968 in dem Fränkel darum bat, diejenigen, die den Einmarsch in Prag kritisiert hatten, nicht zu belangen. Die Bemühungen des Staatssekretär für Kirchenfragen ihn daraufhin aus dem Amt zu drängen fruchteten nicht.

Insgesamt richteten sich die Geistlichen und Mitarbeitenden der Kirchen nach dem Kurs den deren Leitungen – mehr oder minder vage – vorgaben. Wenn einzelne Pfarrer_innen deutlicher Position bezogen erfuhren sie oftmals keinen inhaltlichen Rückhalt durch ihre Landeskirchen, jedoch den Schutz ihres Amtes.

Im ausführlichen Stil ihrer Dissertation schafft Ruthendorf-Przewoski in diesem Kapitel sehr differenzierte Bilder der Landeskirchen und ihrer Akteur_innen. Mitzenheim etwa bleibt nicht nur der Gegenspieler innerhalb der DDR-Kirchen, auch sein Ein-

satz für inhaftierte Student_innen ab Dezember 1968 findet Erwähnung.

Ab wann ist kirchliches Handeln Widerstand?

Eine Stärke der Arbeit ist der Anspruch der hohen Ausdifferenzierung und Einordnung von Widerstand und unterscheidet dabei zwischen „widerständigem Verhalten“ und „Resistenz“, wobei letztere im Unterschied nicht den Widerstand gegen den Staat sondern den Erhalt eines „eigenen Freiraum(s)“ (S.29) zum Ziel hat. „Resistenz“ ist danach eine Handlungsweise die nicht zwangsläufig auf politische Haltungen zurückgreift. Ruthendorf-Przewoski stellt hier die Frage nach dem Unterschied von kirchlichem Handeln und politischem Handeln im kirchlichen Kontext, eine fließende Grenze, „waren doch kirchliche Äußerungen unter den Bedingungen der SED-Diktatur eben immer auch eminent politische.“ (S.24) Dies wird spannend, wenn die Grundhaltung Mitzenheims, „dass die Kirche das Evangelium predigen solle und der Staat als Obrigkeit zu respektieren sei“ (S.410), mit dem politischen Ziel des Einflusses durch Staatsnähe einhergeht und der Obrigkeitsrespekt bei der Verletzung von Glaubensfreiheiten zwangsläufig politisch ist.

Die Quellenlage zu dem Thema ist kompliziert, aus Angst vor Repression hielten Kirchenrepräsentant_innen nur wenig schriftlich fest, die Aufzeichnungen von staatlicher Seite überwiegen. Bei konstanter Offenlegung dieses Verhältnisses ist es Ruthendorf-Przewoski gelungen durch Zeitzeug_innen-

interviews und Zuschriften die Perspektiven auszugleichen.

Auch wenn sich die Studie an ein Fachpublikum richtet, das die zentralen Schriftstücke kennen mag, wäre ein Anhang mit häufig genannten Dokumenten interessant gewesen. Wiederholt verweist die Autorin etwa auf den „Brief aus Lehnin“ (S.71), ein Schreiben mehrerer Bischöfe an Walter Ulbricht in dem – unter Berufung auf den Sozialismus – eine deutlichere Festschreibung von Selbständigkeit und Rechten der Kirche in der Verfassung von 1968 gefordert wird. Zur besseren Lesbarkeit hätte die Dissertation an einigen Stellen verdichtet werden können.

Zusammenfassung

Die Studie von Ruthendorf-Przewoski bietet einen ausführlichen, gut verständlichen Überblick über die Diskussionen innerhalb der evangelischen Landeskirchen in der DDR um das Jahr 1968, nicht nur zum Prager Frühling und dessen Beendigung. Dabei zeigt sie die unterschiedlichen Positionen auf und beleuchtet ob und inwieweit Kirchenrepräsentanten ihren Spielraum nutzen. Auch wer sich mit der kirchlichen Opposition in späteren Jahren der DDR beschäftigt findet hier wichtige Zugänge.

Literatur

Cornelia von Ruthendorf-Przewoski, Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Bd. 60). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 110 Euro.

Aus Politik und Zeitgeschichte: „Prag 1968“

Von Tanja Kleeh

Bereits 2008, zum vierzigjährigen Jubiläum des Prager Frühlings, trug „Aus Politik und Zeitgeschichte“ im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung sechs thematisch ganz unterschiedliche Aufsätze zusammen. Wie Hans-Georg Golz im Editorial schreibt, sei die historische Erinnerung von der Vorstellung geprägt, es habe sich vor allem um einen innerkommunistischen Machtkampf gehandelt. Das vorliegende LaG-Magazin bietet hingegen etwas andere Blickwinkel darauf.

Bei Blick auf die Autor_innenliste sticht insbesondere Hans-Ulrich Wehler hervor. Der bekannte Historiker diskutierte mit den Kollegen Manfred Hettling, Volker Ullrich und dem Publizisten Klaus Tanner die Bedeutung/Auslegung der Tagebuchaufzeichnungen von Hartmut Zwahr. Festgehalten wurden Teile der Diskussion unter dem Titel „Das andere ‚68‘“ Wehler streicht in dem Transkript die Bedeutung dessen vergleichender Sichtweise auf den Prager Frühling heraus, vor allem aus westdeutscher Perspektive. Alle vier Diskussionsteilnehmer betonen die an verschiedenen Stellen die Einzigartigkeit des Dokuments, vor allem Tanner möchte diese jedoch nicht überbewertet wissen.

Aus Auszügen des diskutierten Tagebuchs selbst besteht der Beitrag „Tagebuch 1968“. Hartmut Zwahr schrieb darin seine Sichtweise auf die Geschehnisse im Frühjahr

1968 nieder. Immer wieder zieht er Vergleiche zwischen der Situation in der Tschechoslowakei und der DDR. Dabei übt er auch offensichtliche Kritik am Führungsstil der SED. Interessant wird der Ausschnitt aus Zwahrs Tagebuch durch die Unmittelbarkeit und die persönlichen Einschätzungen der Situation. Besonders eindrücklich ist die Schilderung der sowjetischen Besetzung, die Zwahr über den Rundfunk verfolgt und die Geschehnisse dabei wiedergibt.

In ihrem Essay „Verratene Ideale“ beschreibt Irena Brežná, wie sie als 18-jährige Schülerin die politischen Umbrüche des Prager Frühlings und die anschließende Emigration in die Schweiz erlebte. So beschreibt sie ihr jugendliches Aufbegehren, dass die scheinbar neu gewonnenen Freiheiten mit nun ungestraften Parolen an den Wänden auszunutzen weiß. Komplettiert wird ihr literarischer Blick auf die Geschichte durch eine Begegnung mit dem damals ebenfalls 18-jährigen Muhammad Salich, der den Einzug der sowjetischen Truppen in Bratislava als Soldat beiwohnte.

Warum am 21. August 1968 sowjetische Panzer auf den Wenzelsplatz in Prag rollen versucht Stefan Karner in dem Aufsatz „Der ‚Prager Frühling‘ – Moskaus Entscheidung zur Invasion“ darzustellen. Karner sieht die Ursprünge für die Entwicklungen bei der Entstalinisierung ab 1953. Geprägt durch unterschiedliche Faktoren, stellt Karner ein Vier-Phasen-Modell auf, welches den Entscheidungsprozess im ZK der KPdSU veranschaulicht. Vor allem die öffentliche und parteiinterne Wahrnehmung Dubceks spielt

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Zeitschrift

hierbei eine große Rolle.

Mit den Entwicklungen vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen beschäftigt sich auch Dieter Segert. „Der Riss durch die Partei“ geht der Frage nach Ursache und Wirkung aus erinnerungspolitischer Perspektive nach. Er zeichnet genau nach, wie bestimmte Ereignisse, etwa der Slánský-Prozess 1952 als ausschlaggebend für die Herausbildung einer Reformbewegung wahrgenommen werden können. Als Beispiel dient der tschechische Historiker Michal Reiman. Die Auszüge aus einem längeren Gespräch geben den Gedankengängen Segerts zusätzliche Tiefe und enthalten einen vergleichenden Ansatz.

Martin Machochev beschäftigt sich mit dem Phänomen eines „totalitären Regimes“, so die Terminologie des Autors, in dem es trotzdem im künstlerischen Bereich zu Schaffensphasen kommt. Der Beitrag „Tschechische Untergrundkultur“ geht auf die Besonderheiten dieses Phänomens in der tschechoslowakischen literarischen und musikalischen Welt ein. Er gibt einen Überblick über wichtige Schriftsteller, welche in den 1950er-Jahren in den Untergrund gingen. Das teilweise Ende der (Presse-) Zensur sieht Machochev „als Zeit der Kompromisse“ (S.22). Wie häufig, wenn der Totalitarismusbegriff zur Anwendung kommt, um den Charakter der sozialistischen Staaten möglichst drastisch zu beschreiben, bleibt seine inhaltliche Füllung seltsam leer und inkonsequent. Wie und warum in einem angeblich totalitären System sich die Kunst ein Stück Freiheit erobert bleibt daher offen.

Das ist vor dem Hintergrund des interessanten Einblickes in die tschechoslowakische Untergrundkultur während des autoritären Staatssozialismus, den Machochev bietet, ein Manko.

Fazit

Das Heft „Prag 1968“ bietet auch zehn Jahre später einen guten Überblick über die Bandbreite der Geschehnisse im Vorfeld und Nachgang des 21. August 1968. Gleichzeitig geht es mit etwa der Frage nach kulturellen Gestaltungsmöglichkeiten auch den Blick über die rein politische Ebene hinaus. Gerade die Vielfalt der Blickwinkel macht es zu einem lesenswerten Heft.

Die Ausgabe des APuZ kann bei der Bundeszentrale für politische Bildung bestellt werden. Sie steht außerdem als PDF zur Verfügung.

„Aus dem Leben eines Konterrevolutionärs“

Von Ingolf Seidel

Pavel Kohout autobiografisch geprägter „Memoiroman“, wie der Prager Schriftsteller „Aus dem Leben eines Konterrevolutionärs“ nennt, entstand in dem Jahr nachdem das Experiment einer Humanisierung des staatsautoritären Sozialismus sowjetischer Prägung gewaltsam beendet worden war. Mit Kohout schreibt einer, der die tschechoslowakische Kommunistische Partei (KSČ) von innen her kennt. Er trat im Jahr 1946 in die Partei ein und wurde 1969 als prominenter Wortführer des „Prager Frühlings“ aus ihr ausgeschlossen. Kohout war Mitverfasser des Gründungsdokuments der Charta 77 und wurde in der Folge mit seiner Frau Jelena Mašínová erst aus der Prager Wohnung, dann 1979 des Landes verwiesen und zwangsweise nach Österreich abgeschoben. Damit einher ging die Ausbürgerung des Schriftstellers, der die österreichische Staatsbürgerschaft bekam. Erst 1990 konnte Pavel Kohout seine tschechische Staatsbürgerschaft wieder annehmen.

Drei Erzählstränge in Tagebuchform führen die Leser_innen durch die Ereignisse der Tschechoslowakei in den Jahren 1945 und 1968/69. Kohouts Geschichte schlägt einen Bogen von der Befreiung des Landes durch sowjetische Truppen bis zu dessen Besetzung durch den nominell „sozialistischen Bruderstaat“. Die Geschichte des Tagebuchs des „Schriftstellers PK“ greift direkt Kohouts Erlebnisse und Gedanken als

Schriftsteller und Parteimitglied während des „Prager Frühlings“ auf. Die beiden fiktiven Protagonisten der anderen Erzählungen sind unterschiedlich eng an den Autor angelehnt. Da ist einmal ein junger 17-Jähriger, der die 1945 den Prager Aufstand gegen die deutschen Besatzer kurz vor dem Eintreffen der Alliierten erlebt. Unter dem Eindruck der Ereignisse, angesichts der Bilder der ersten befreiten KZ-Häftlinge und begleitet von der schwärmerischen Freundschaft zu einem sowjetischen Kommandeur wird die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei zum Lebensziel, dem alles andere, wie das Liebesleben, unterzuordnen ist.

Das dritte Alter Ego Kohouts zeigt ihn in der Rolle eines tschechischen Kommunisten, der während eines Urlaubs in Italien von den Ereignissen in seinem Land erfährt. Wir lernen den Protagonisten mit seinen zunehmenden Zweifeln an der KSČ, und an der Idee des Kommunismus überhaupt, kennen: „Auch wenn wir noch so naiv, noch so emotional, noch so dogmatisch gewesen sind, auch wenn wir wirklich bereit waren, im Namen der Weltrevolution jedes Opfer auf uns zu nehmen – hinter aller Abstraktion waren doch ganz konkrete menschliche Wünsche: schöpferisch tätig zu sein, zu lieben, banal gesagt – glücklich zu leben. Ist es nicht absurd, daß wir beinahe bis zur Negation der grundlegendsten Lebenswerte gelangt sind?“

Trotz der autobiografischen Bezüge ist „Aus dem Leben eines Konterrevolutionärs“ nicht die Erzählung eines Renegaten. Vielmehr reflektiert der Autor über die individuelle

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Lebensbericht

Auseinandersetzung „den ziemlich komplizierten Lebensweg unserer Generation“. Es ist diese eine Generation, die in weiten Teilen die Lehren aus Faschismus und Nationalsozialismus im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft sah und doch den alten Denkungsweisen und auch Ressentiments verhaftet blieb. So brachte die Niederschlagung des reformkommunistischen Versuchs auch den Antisemitismus in Form des Antizionismus wieder zutage, der zuletzt die tschechoslowakische Gesellschaft während der Slánský-Prozesse geprägt hatte. Der sowjetisch geprägte Parteikommunismus wurde nicht, wie Marx in seiner „Deutschen Ideologie“ gehofft hatte, „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt“, sondern eine neue Form autoritärer Herrschaft. Dies selbstkritisch zu beleuchten, ohne in Schuldzuschreibungen auf andere zu verfallen, ist einer der Verdienste von Kohouts Erzählung. Damit bietet sie einen guten Anknüpfungspunkt für einen fächerübergreifenden Unterricht in Deutsch und Geschichte für die Sekundarstufe II.

Literatur

Pavel Kohout: Aus dem Tagebuch eines Konterrevolutionärs, Luzern/Frankfurt a.M. 1969, antiquarisch oder als E-Book (7,99€).

Unser nächstes Magazin mit dem Titel „(Mittel-) Osteuropäische Transformationsgeschichte nach 1989/90“ erscheint am 25.04.2018.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr. 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Lucas Frings, Tanja Kleeh, Frederik Schetter und Ingolf Seidel

Diese Ausgabe des LaG-Magazins wird gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.